

Zeit Zeichen

NUMMER 1 | MÄRZ 2023 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 68. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

Migration & Arbeitsmarkt

FOTO: PEXELS.COM – MIKAEL BLOMKVIST



Zwischen Krise und Chance

Migration in Zeiten des steigenden Arbeitskräftebedarfs **Seite 4**

Wir leben in einer ungleichen Gesellschaft

Arbeit und Positionen der Vorsitzenden des Migrant:innenbeirats der Stadt Graz Irina Karamarkovic **Seite 14**

Ohne Migration geht nichts

Der Verein „migrare“ ist Bindeglied zwischen Arbeitsmarkt und Migrant:innen **Seite 6**

Inhalt

- 3 **Kommentar**
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Zwischen Krise und Chance**
Migration in Zeiten des steigenden
Arbeitskräftebedarfs
JUDITH KOHLENBERGER
- 6 **Ohne Migration geht nichts**
Der Verein „migrare“ ist Bindeglied zwischen
Arbeitsmarkt und Migrant:innen
ELISABETH OHNEMUS
- 9 **Damit das „Recht auf Arbeit“
praktisch werden kann**
Ein Plädoyer für die Aufnahme von
geflüchteten Ukrainer:innen in die Sozialhilfe
MARIA KATHARINA MOSER
- 10 **Lohn- und Sozialdumping
in Österreich**
Über die Ausbeutung
ausländischer Arbeitskräfte am Bau
CHRISTIAN FÖLZER
- 11 **Bauarbeiter Ali I. im Interview**
MARTIN HOCHEGGER
- 12 **Kommentar**
KARL IMMERVOLL
- 13 **Arbeit - für den Menschen**
Politische Nachtgebete rücken gesellschafts-
politische Themen in den Vordergrund und
laden Gleichgesinnte zum Krafttanken ein.
SARAH MACHEINER
- 14 **Wir leben in einer ungleichen
Gesellschaft**
Arbeit und Positionen der Vorsitzenden
des Migrant:innenbeirats der Stadt Graz
Irina Karamarkovic
MARTIN HOCHEGGER
- 16 **Ausgrenzung und Abschottung**
Österreich hat als Zuwanderungsland
an Attraktivität verloren
MARTIN HOCHEGGER
- 18 **Gesellschaft im Umbruch**
Zukunftsfähige Alternativen statt
„more of the same“!
ELISABETH ZARZER
- 19 **Kampagne „Mein freier Sonntag!“**
- 20 **Buch-Tipp**

Editorial

Arbeitskräftemangel hier, Migrant:innen und Flüchtlinge ohne Job bzw. in Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen da – in den sich zuspitzenden Problemlagen am Arbeitsmarkt liegen offenbar auch Chancen. Werden sie erkannt, wahrgenommen, genutzt? Diese Ausgabe von ZeitZeichen geht diesen Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven nach. Die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger zeichnet die Geschichte der Diskriminierung von Migrant:innen und Asylwerber:innen am Arbeitsmarkt in Österreich und der EU nach und spricht von „verpassten Chancen“ auch beim jüngsten EU-Migrationsgipfel in Brüssel. In einem mit dem EU-Vizepräsidenten Othmar Karas verfassten, soeben veröffentlichten Buch präsentiert sie Vorschläge, „wie wir das Thema Asyl und Migration dem linken und rechten Rand abnehmen und die Krise überwinden“. Aus fast 40 Jahren Beratungspraxis berichtet Mümtaz Karakurt, Geschäftsführer des Vereins „migrare“, „Drehscheibe zwischen Arbeitsmarkt und Migrant:innen“. Aktuell arbeitet „migrare“ u.a. verstärkt mit ukrainischen Frauen. Die alte Forderung von Mümtaz Karakurt hat nichts an Dringlichkeit verloren: Migrations- und Asylpolitik „endlich Fakten basiert und menschlich zu diskutieren und zu gestalten“ – denn: „Ohne Migration geht nichts“. Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser wird denn auch im Blick auf ukrainische Flüchtlinge und deren gelingende Integration in den Arbeitsmarkt ganz konkret: ukrainische Flüchtlinge müssen in die österreichische Sozialhilferegulierung eingebunden werden, so Moser in ihrem Kommentar. Irina Karamarkovic, Vorsitzende des Migrant:innenbeirats der Stadt Graz, beschreibt, wie politisches Lobbying für Migrant:innen funktionieren kann. Auch sie kritisiert in erster Linie den „unwürdigen“ politischen und medialen Diskurs über Migration und fordert einen leichteren Zugang von Migrant:innen zum Arbeitsmarkt. Der Befund aus dem AMS des Landes Steiermark ist jedenfalls ernüchternd: Österreich habe als Zuwanderungsland an Attraktivität verloren, Ergebnis beharrlicher „Ausgrenzung und Abschottung“, heißt es in einem Beitrag aus der Landesstelle des Arbeitsmarktservice. Ganz drastisch: die Lage von Arbeitskräften am Bau, wie sie Christian Fölzer, Internationaler Sekretär der Gewerkschaft Bau Holz, skizziert. „Lohn- und Sozialdumping“ bestimmten das Klima, ausländische Arbeitskräfte würden systematisch „ausgebeutet“. Eine Frage der Zeit, ob und wie sich derartige Verhältnisse angesichts immer eklatanterem Arbeitskräftemangels aufrechterhalten lassen? Lesen Sie, was KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser und KAB-Bundesseelsorger Karl Immervoll zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe meinen und verfolgen Sie die Berichte über eine neue Kampagne der „Sonntagsallianz“, den Frauenstudientag der KABÖ und das politische Nachtgebet der KA Wien.

Elisabeth Ohnemus,
Chefredakteurin

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



Migrant:innen aus der „Drecksarbeit“ herausholen

Ich wohne in einer Kleinstadt nördlich von Linz, im sogenannten ‚Speckgürtel‘. Die Grundstücks- und Wohnungspreise sind mittlerweile exorbitant hoch, nicht nur in den sonnigen Hügellagen mit vielen kleineren und größeren Einfamilienhäusern. Die Ebene ist hingegen dicht verbaut mit mehrstöckigen Wohnkomplexen. Da wohne ich. In den vielen Mietwohnungen vis à vis und nebenan habe ich viele Nachbar:innen, die vor 20 – 30 Jahren aus Polen, Bosnien, Kroatien oder der Türkei gekommen sind. Ihre und unsere Kinder waren Spielgefährt:innen, das hat mich mit vielen von ihnen näher in Kontakt gebracht.

Wie arbeiten die Nachbar:innen?

Ihre Arbeitsrealitäten haben mich immer interessiert. Die Männer waren vielfach nur am Wochenende zu Hause. Als LKW-Fahrer quer durch Europa, oder auf Montage am Bau waren sie wochentags kaum präsent. Einige sind als Schichtarbeiter in Produktionsbetrieben oder bei einer Putzfirma tätig. Durchwegs Hilfsarbeiter, deren Leben durch schwere Arbeit und ungesunde Arbeitsbedingungen geprägt ist. Ihre Kinder hatten es nicht leicht in der Schule, die Lebensrealität einer Unterschichtfamilie mit anderssprachigen Eltern und anderem Kulturhintergrund fand keine Berücksichtigung. Dennoch haben es manche der sogenannten 2. Generation auf eine Lehrstelle geschafft. Die mittlerweile jungen Männer sind Installateure, Busfahrer oder betreiben einen Imbissstand und sind Familienväter. Sie arbeiten viel und hart, um die steigenden Wohnungskosten irgendwie stemmen zu können.

Und die Frauen? Für sie gab es meiner Wahrnehmung nach nur eine Karriere: Putzfrau. Manche angestellt, in Teilzeit, frühmorgens und abends in Büros oder Ordinationen, viele schwarz in mehreren Haushalten beschäftigt. Wenige der Mädchen lernten einen Beruf im Handel, manche in einem Büro. Sie sind dann jedoch häufig aus meinem Blickfeld verschwunden – Zufall?

Beziehungsnetz als wichtigste Währung bei der Arbeitssuche

Es ist hinlänglich bekannt, dass der Bildungsstand der Eltern in Österreich über den Bildungsweg der Kinder entscheidet. Die Bildungsdurchlässigkeit ist hierzulande gering. Das gleiche gilt für die Berufswahl. Beziehungen und soziale Netzwerke sind bekanntlich die wichtigste Währung bei der Arbeitssuche. Für Menschen ohne ansässige Herkunftsfamilie mit dem ererbten Beziehungsnetz ist es am Arbeitsmarkt schwer, eine gute Stelle zu bekommen. Das erleben gerade in den letzten Jahren hierher Geflüchtete, die sich als anerkannte Asylwerber:innen eine Zukunft aufbauen möchten. Für sie kommen faktisch nur die übriggebliebenen Hilfsarbeiterjobs in Frage. Für diese nehmen sie auch lange Anfahrtszeiten oder Ortswechsel in Kauf. Das AMS hilft hier nur sehr bedingt weiter, wie mir ein junger Afghane erzählt: „Die Beraterin will mich so schnell wie möglich auf irgendeine Hilfsarbeiterstelle vermitteln, mit ganz unregelmäßigen Arbeitszeiten. Dass ich gerade in einem Deutschkurs bin und in der Abendschule die Matura machen will, zählt da überhaupt nicht“.

Schlechte Chancen für gute Arbeit

Migrant:innen finden sich überwiegend auf den untersten Sprossen der Berufsleiter, und da sollen sie offensichtlich auch bleiben. Dafür – für die ‚Drecksarbeit‘ - brauchen wir sie, und es gibt wenig Interesse und Bemühungen, das zu ändern. Ob damit Integration gelingt? Wen wundert's, dass die Arbeitslosigkeit gerade bei (jungen) Migrant:innen besonders hoch ist?

Dass wir Zuwander:innen dringend in vielen Arbeitsbereichen brauchen, ist wohl mittlerweile allen bekannt. Dass Qualifikation Zeit braucht, ist auch kein Geheimnis. Dass jedoch eine gute, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung davon abhängt, welche Arbeitsbedingungen die Migrant:innen haben, muss wohl vielen Verantwortlichen erst dämmern.

Zwischen Krise und Chance

Migration in Zeiten des steigenden Arbeitskräftebedarfs

„So schaffen wir das“: Unter diesem Titel hat die Migrationsforscherin JUDITH KOHLENBERGER gemeinsam mit Othmar Karas, Abgeordneter zum EU-Parlament und dessen Erster Vizepräsident, Anfang Februar 2023 ein Buch mit Vorschlägen vorgelegt, „wie wir das Thema Asyl & Migration dem linken und rechten Rand abnehmen und die Krise überwinden“ (s. auch S. 20 in diesem Heft). Im Beitrag für ZeitZeichen skizziert sie den status quo im Umgang Österreichs mit Migration angesichts eines steigenden Arbeitskräftebedarfs und wirft einen kritischen Blick auf den Migrationsgipfel der EU im Februar. Ihr Fazit: eine „verpasste Chance“.

Dass der österreichische Arbeitsmarkt Migration braucht, ist seit Jahren evident. Seit spätestens den 1960er-Jahren, als die ersten Gastarbeiterabkommen mit der Türkei und Jugoslawien geschlossen wurden, ist Österreich ein Einwanderungsland, was sich nicht zuletzt auch ökonomisch zeigt. Schon allein demographisch war es in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich der Zuwanderung aus dem Ausland, sowohl aus der EU als auch aus Drittstaaten, zu verdanken, dass ein massiver Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verhindert werden konnte.

Reform der Rot-Weiss-Rot Karte

Eingewanderte Arbeitskräfte ernten dafür aber selten Anerkennung – im Gegenteil, sind sie doch mit zahlreichen Barrieren auf ihrem Weg in den österreichischen Arbeitsmarkt konfrontiert. Herausforderungen stellen dabei weiterhin die gesetzlichen Grundlagen der legalen Einreise für Personen aus EU-Drittstaaten dar, auf die zuletzt durch eine Reform der Rot-Weiß-Rot Karte reagiert wurde. So wurden Bewilligungsverfahren beschleunigt, ein dauerhafter Arbeitsmarktzugang für Stamm-Saisoniers geschaffen und die Start-up-Gründungen erleichtert. Gesetzliche Hürden bei der Arbeitsvermittlung von Drittstaatsangehörigen sind vollends gestrichen. Künftig sollen mehr Sprachen als bisher im Punktesystem der Karte berücksichtigt werden. Neben Kroatisch, Serbisch und Bosnisch zählen mit Französisch und



Judith Kohlenberger zur österreichischen Migrationspolitik: „Es fehlt es an politischem Bewusstsein genauso wie an gesamtgesellschaftlicher Diversitätskompetenz in einem Einwanderungsland, das sich weiterhin in Selbstverleugnung befindet“. FOTO: PIXABAY

Spanisch dazu auch Sprachen potentieller Herkunftsländer im Globalen Süden, etwa Kolumbien, der Elfenbeinküste oder dem Kongo. Pikanterweise wurde die verstärkte lateinamerikanische oder afrikanische Migration, die damit zumindest theoretisch ermöglicht würde, medial wie politisch bisher kaum thematisiert.

Bei all dem Reformeifer, den der rapide voranschreitende demographische Wandel anheizt, steht aber dennoch fest: Nur die formalen Hürden für den Zuzug zu senken, wird nicht ausreichen, um der Alterung der österreichischen

Gesellschaft zu begegnen, setzen sich doch die Barrieren, denen migrantische Arbeitskräfte in Österreich begegnen, auch nach Ankunft und Arbeitsaufnahme fort.

Diskriminierung am Arbeitsmarkt

Dies zeigt sich unter anderem anhand des Umstands, dass Migranten im Allgemeinen und migrantische Frauen im Besonderen, wesentlich häufiger als einheimische Arbeitskräfte von De-Qualifikation betroffen sind, also (weit) unter ihrer formalen Qualifikation arbeiten. Sie sind zudem mit höherer

Gesundheitsbelastung, Befristung und unregelmäßigen Arbeitszeiten sowie Schichtarbeit konfrontiert. Zwar sind sie in den systemerhaltenden Branchen wie der Erntehilfe, der Pflege, dem Lebensmittelhandel und der Gebäudereinigung überrepräsentiert, doch finden sie durch ihr Einkommen seltener ein Auskommen als einheimische Angestellte: Eine neue Studie von SORA zeigt etwa, dass 13% der Migrant:innen in Österreich von ihren Jobs nicht leben können, also zu den sogenannten „working poor“ zu zählen sind. Gerade migrantische Frauen arbeiten oft in haushaltsnahen Tätigkeiten und weisen eine (noch) höhere Teilzeitquote auf als einheimische. In der gesamten EU sind gerade geflüchtete Frauen besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integriert: Ihre Erwerbsquote liegt bei etwa 40% und damit sowohl unter jener der geflüchteten Männer als auch regulärer Migrantinnen.

Fehlende Deutschkenntnisse sowie die mühsame Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen können nur einen Teil dieser Kluft erklären. Der Rest ist auf Diskriminierung am Arbeitsmarkt wie auch in der gesamten Gesellschaft zurückzuführen. Studien, wonach Bewerber:innen mit österreichisch klingenden Namen bis zu dreimal häufiger zu Vorstellungsgesprächen geladen werden, als Menschen mit einem „ausländischen“ Namen, belegen das immer wieder. Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria für das Jahr 2021 bestätigt das: Etwa 25 Prozent der im Ausland geborenen Erwerbssuchenden im arbeitsfähigen Alter waren bei ihrer Suche mit Barrieren konfrontiert. Ein Anteil von etwa acht Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte hat an der Arbeitsstelle Diskriminierung erlebt. Dazu zählen Mobbing, Ausgrenzung und üble Nachrede, wodurch der Job auf Dauer zur Belastung wird. Dies ist gerade in Branchen, die bereits jetzt stark migrantisch geprägt sind und einen steigenden Arbeitskräftebedarf bei gleichzeitig hoher Drop-Out-Quote verzeichnen – allen

voran in der Pflege –, ein fataler Umstand. Hier fehlt es an politischem Bewusstsein genauso wie an gesamtgesellschaftlicher Diversitätskompetenz in einem Einwanderungsland, das sich weiterhin in Selbstverleugnung befindet, wie der Migrationsforscher Rainer Bauböck kürzlich konstatierte.

Verpasste Chance in Brüssel

Ähnlich unverständlich ist vor diesem Hintergrund, dass auch beim Migrationsgipfel Anfang Februar in Brüssel das Thema Arbeitskräftebedarf und Zuwanderung fast gänzlich ausgespart wurde. Weder wurde die Anpassung der Kriterien für die europäische Blue Card zum Thema gemacht, noch wurden Rezepte präsentiert, wie man einer schrumpfenden Bevölkerung begegnen kann. Der Schwerpunkt lag auf Abschottung, Abschreckung und Auslagerung von Asylverantwortlichkeit, nicht aber auf Anwerbung und Integration jener Menschen, die der Arbeitsmarkt braucht, will Europa auch künftig wettbewerbsfähig bleiben.

Die grundsätzliche Positionierung der EU zum Globalen Süden kam ebenso wenig zur Sprache wie Ausbildungspartnerschaften oder Arbeitskräfteabkommen mit afrikanischen Ländern. Statt Zusammenarbeit auf Augenhöhe setzt man auf Kürzung von Entwicklungshilfegeldern, falls sich Staaten weigern, ihre Staatsbürger:innen im Falle abgelehnter Asylanträge zurückzunehmen. Restriktionen bei Visavergabe und Handelsanktionen stellen weitere Hebel dar, wie man Herkunfts- und Transitländer zu mehr Kooperation „motivieren“ möchte. Ob das ein tatsächlich zukunftsweisender Weg für Europa sein kann, bleibt fraglich.

Keine europäische Lösung

Denn wenn im Jahr 2070 die EU-Bevölkerung im Erwerbsalter laut Schätzungen bei gerade noch 55% liegen wird, dann ist das die eigentliche Krise, über die die Staats- und Regierungschef:innen sprechen sollten. Bis dato passiert dies aber wenn, dann nur auf nationa-



Judith Kohlenberger zur österreichischen Migrationspolitik: „Es fehlt an politischem Bewusstsein genauso wie an gesamtgesellschaftlicher Diversitätskompetenz in einem Einwanderungsland, das sich weiterhin in Selbstverleugnung befindet“. FOTO: PRIVAT

ler Ebene. Bereits jetzt werden eifrig und häufig hinter vorgehaltener Hand bilaterale Abkommen mit relevanten Herkunftsländern geschlossen. In Österreich etwa werden Pfleger:innen aus Kolumbien und den Philippinen angeworben, und die ungarische Regierung, die sich nach außen hin betont migrations-skeptisch zeigt, hat klammheimlich ein Gastarbeiterabkommen mit Indonesien geschlossen. Orbáns konservative Familienpolitik, durch die er ungarische Staatsbürgerinnen zum Kinderkriegen animieren wollte, zeitigte bisher nämlich nur überschaubaren Erfolg. Angesichts niedriger Geburten- und weiterhin stabil hoher Emigrationsraten blieb selbst einem migrationspolitischen Hardliner wie Orbán somit nichts Anderes übrig, als auf Zuzug aus Drittstaaten zu setzen.

Eine gesamteuropäische Strategie dagegen fehlt, und man fühlt sich an das Scheitern der EU-27 in den vergangenen Jahren erinnert, wenn es darum ging, Migration zu managen. So weitergewurschelt, wird wohl auch die historische Chance, die der demographische Wandel für eine ressourcen- und faktenbasierte europäische Migrationspolitik bietet, ungenutzt verstreichen.

Ohne Migration geht nichts

Der Verein „migrare“ ist Bindeglied zwischen Arbeitsmarkt und Migrant:innen

Bereits seit 38 Jahren ist der Verein „migrare“ ein wesentliches Bindeglied zwischen Arbeitsmarkt und Menschen, die nach Österreich migriert oder geflüchtet sind: 1984 gegründet bietet die non-profit-Organisation seit 1985 Rechts-, Sozial- und Arbeitsmarktberatung, passgenaue, Kompetenz orientierte Intensivberatungen, Beratung für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungsberatung, Beratung für Frauen und seit 2022 auch eine spezielle Arbeitsmarktberatung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Was aus der Idee der Information für sogenannte „Gastarbeiter“ geboren wurde, ist heute eine breit aufgestellte Organisation, die Bedürfnisse im Kontext von Integration vielseitig, innovativ und professionell bearbeitet. Der Appell an die politisch Verantwortlichen: Migrationspolitik endlich „Fakten basiert und menschlich“ zu diskutieren und zu gestalten. ELISABETH OHNEMUS hat mit dem Geschäftsführer von „migrare“ Oberösterreich, Mümtaz Karakurt, gesprochen.



Mümtaz Karakurt: „Solange mit rechtsaußen-Diskursen in der Migrationspolitik auf Stimmenfang gegangen wird und Integration nicht als echte Querschnittsthematik gesehen wird, bleibt die Hoffnung auf realistischen Pragmatismus gering“. FOTO: MIGRARE

Integration“, erinnert sich Mümtaz Karakurt, war zu Beginn der Arbeit von „migrare“ noch kein Begriff. Karakurt, als Sohn eines türkischen „Gastarbeiters“ 1980 nach Österreich gekommen, ist 1989 in das von ÖGB und Arbeiterkammer unterstützte und vom Sozialministerium finanzierte Projekt eingestiegen und seit 2003 Geschäftsführer des gemeinnützigen Vereins: „Es ging

zunächst darum, die angeworbenen Arbeitskräfte in Fragen der alltäglichen Erfordernisse wie Bewältigung von Behördenangelegenheiten, Spracherwerb usw. zu unterstützen“. Heute leisten in Oberösterreich mehr als 80 Mitarbeiter:innen von „migrare“ im Rahmen von rund 35.000 Beratungsgesprächen pro Jahr an Standorten in mehreren Gemeinden Rechts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungsberatung für Migrant:innen und Flüchtlinge, und das in mehr als 20 Sprachen. Schwesterorganisationen der NGO gibt es in Wien, Tirol und in der Steiermark.

Die Finanzierung ist jedes Jahr eine große Herausforderung

Seit der AMS-Reform Mitte der 90-er Jahre finanziert nicht mehr in erster Linie das Arbeitsmarktservice die Tätigkeit von „migrare“, vielmehr gibt es eine Reihe von Leistungsverträgen, in Oberösterreich zuvorderst mit AMS und Land, darüber hinaus mit dem Arbeitsministerium, dem Integrationsministerium, der Arbeiterkammer Oberösterreich, der Stadt Linz und der EU. Die Schwesterorganisationen in den Bundesländern agieren jeweils autonom, einen Dachverband gibt es nicht: „Es ist jedes Jahr eine große Herausforderung, das breite und daher auch so sinnvolle Leistungsangebot weiter zu finanzieren und gleichzeitig innovativ mit neuen Lösungsmöglichkeiten zu arbeiten“, sagt Karakurt.

Vielfältiges Angebot

Die Herausforderungen wachsen, das Angebot ist entsprechend breit. „Wir haben es mit vielfältigsten Menschen zu tun“, so Karakurt, „daher braucht es auch ein vielfältiges Angebot“. Neben „Anlaufstellen für Personen mit im Ausland erworbenen Ausbildungen und Kenntnissen“ mit grundlegender Rechts-, Sozial- und Arbeitsmarktberatung gibt es in Oberösterreich seit der Zeit des Jugoslawien-Kriegs auch psychosoziale Beratung und Begleitangebote in mehreren Sprachen. „Im Vordergrund steht die Bewältigung von Alltagsproblemen, fungieren die ‚migrare‘-Mitarbeiter:innen als ‚Feuerwehr‘ in unterschiedlichsten Problemsituationen bezüglich Arbeitssuche, Gesundheit, Finanzen, Bildung oder Recht“, so Karakurt.

frauen.im.zentrum

Die migrare-Initiative „frauen.im.zentrum“ ist ein Projekt, das in Linz seinen Standort hat. Dort sind frauenorientierte Angebote gebündelt. Frauen haben Gelegenheit, sich mit anderen zu treffen, aus dem Alltag auszusteigen, sich Expertise in anstehenden Fragen zu holen. Über das Angebot „Nachbarinnen“ werden Teilnehmerinnen in ihrem Integrationsprozess umfassend begleitet, das Förderprogramm „Hippy“ stärkt Frauen in der Begleitung ihrer Kinder auf deren Bildungsweg.

Blitzlichter aus dem Beratungsalltag im migrare-Projekt „KomIn-UKRAINE“

Stephanie Danner leitet in Linz die „Kompetenzorientierte Intensivberatung“ für ukrainische Flüchtlinge. Ende 2022 waren 980 Menschen im Projekt registriert, berichtet Danner: „Wir helfen jenen bei der Arbeitsmarktintegration, die aktive Integrationsarbeit für ihre Familien betreiben. Haus-



Rund 980 Personen waren Ende 2022 im Projekt „KomIn-Ukraine“ registriert Foto: MIGRARE/BLICKLICHT.COM

haltsorganisation, Schulintegration, Erarbeitung von Sprach- und Systemkenntnissen – all das leisten unsere Kund:innen für ihre Familien.“ Beraten wird in Einzelsettings persönlich und digital, es gibt Workshops und ein „Competence Kaleidoscope“, einen Kurs zur Erhebung „informeller Kompetenzen“, zur Stärkung und Motivation. Danner: „Wir vernetzen uns mit anderen Projekten, Organisationen, Behörden, um für unsere Kund:innen am Laufenden zu bleiben, Barrieren zu verringern und Wege und Perspektiven zu finden.“

Es hapert an vielen Stellen, etwa am nicht funktionieren-

den Zusammenspiel von staatlichem Leistungsangebot und ländlicher Struktur. Danner: „Da gibt es etwa den Fall von K.H. und O.B., beide 50 Jahre alt, seit März 2022 in Österreich. Das Paar wohnt im ländlichen Raum in Oberösterreich, die Unterkunft wird über die Grundversorgung organisiert. Die beiden bekommen Verpflegungsgeld für den Lebensunterhalt. Sie haben einen Platz in einem Deutschkurs erhalten. Nach ein paar Fahrten zum Kurs haben sie ihn aber abgebrochen. ‚Man muss Prioritäten setzen: Deutsch lernen oder Essen‘, so die Kundin. Die Fahrtkosten zum Deutschkurs würden vom AMS bezahlt, jedoch im Nachhinein. Die Fahrtkosten für den öffentlichen Verkehr für ein ganzes Monat aus dem Verpflegungsgeld heraus zu bezahlen, geht sich hier nicht aus. Am Ende des Monats würde nicht mehr genug Geld für das Essen übrig bleiben“.

Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt zu finden, haben auch hoch qualifizierte Flüchtlinge, weiß Danner: „Frau P., 31 Jahre alt und seit August 2022 in Österreich, ist Fachärztin für Urologie. Sie erzählt mir: ‚Ich habe so lange studiert, hier wäre mein Beruf ein Mangelberuf, und trotzdem darf ich nicht arbeiten! Nostrifizieren ist so kompliziert und dauert so lange‘. Ausbildungen im Gesundheitsbereich sind reglementiert, Frau P. braucht eine Nostrifizierung ihrer Ausbildung, um als Ärztin arbeiten zu können. Ihre Wohnsituation ist prekär, das Angebot an Fachsprachenkursen für den Gesundheitsbereich ist nicht flächendeckend.“

Betreuungspflichten gibt es nicht nur gegenüber Kindern, so Danner: „Im April 2022 sind die Schwestern N.O. und Y.I. (51 und 49 Jahre alt) mit ihrer an Alzheimer erkrankten Mutter (68) nach Österreich gekommen. Die Mutter muss gepflegt und beaufsichtigt werden. Die Schwestern wollen Deutsch lernen und Arbeit finden. Sie müssen sich bei der Betreuung der Mutter abwechseln, da immer jemand bei ihr sein muss.“

Kompetenzorientierte Intensivberatung

Passgenaue, „Kompetenzorientierte Intensivberatung“ - kurz „KomIn“ - ermöglicht ein Spezialprogramm: vom AMS zugewiesene arbeitslose Personen können während eines Zeitraums von drei bis fünf Monaten gemeinsam mit „migrare“-Berater:innen eine genaue Analyse ihrer Kompetenzen und Erfahrungen vornehmen, um so zu einem adäquaten Angebot am Arbeitsmarkt zu finden. Karakurt: „Das ist ein sehr erfolgreiches Modell, wir sehen uns als Vermittler zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitsmarkt“.

Spezialangebot für ukrainische Flüchtlinge

Seit April 2022 gibt es auch ein speziell auf ukrainische Flüchtlinge zugeschnittenes Segment von „KomIn“. „Viele ukrainische Frauen in Österreich sind gut qualifiziert“, so Karakurt, es gelinge derzeit aber nicht in ausreichendem Maß, die vorhandenen Qualifikationen in den Markt einzubringen: „Es mangelt etwa an Hilfen bei notwendigen Übersetzungen, bei der Finanzierung von Anerkennungsverfahren oder beim Nachholen einzelner Qualifikationsmaßnahmen“. Der Ruf der Politik an die in der Grundversorgung lebenden Uk-

rainer:innen, die Chance eines erleichterten Einstiegs in den Arbeitsmarkt zu ergreifen, ähnele dem Ruf, in einen Zug einzusteigen: „Aber es ist kein Arm ausgestreckt, den die Flüchtlinge ergreifen können“. Am Ende läge die „Schuld“ bei der Ukrainerin, wenn es ihr nicht gelungen sei, die dargebotene „Chance“ wahrzunehmen, so Karakurt.

Wachsender Unterstützungs-Bedarf

Abhängig vom Auftraggeber sind die Zielgruppen der migrare-Angebote mehr oder weniger breit definiert. Die Dienstleistungen sind für die Teilnehmer:innen kostenlos. Der Bedarf

wächst: „Die multiple Krisenlage trifft unsere Zielgruppe immer brutaler“, erklärt Karakurt. Während Corona habe es immer wieder Informationsdefizite gegeben, und das in einem Segment von Beschäftigten, das sich überwiegend in systemrelevanten Branchen wie Reinigung oder Pflege bewegt. Karakurt: „Migration ist extrem wichtig, ist ein Wachstumsfaktor für die österreichische Wirtschaft. Aber die Nutzung dieses Potentials wird oft nur in Teilen ermöglicht“. Statt dessen zählten während der Pandemie migrantisches Arbeitskräfte am ehesten zu jenen, die keine Kurzarbeit bekommen hätten, sondern gekündigt worden seien: „Migrant:innen sind in der betrieblichen Hierarchie meist ganz unten angesiedelt“.

Teuerung trifft besonders hart

Auch die aktuelle Teuerung trafe die Zielgruppen von „migrare“ besonders hart: „Viele bewegen sich im untersten Einkommenssegment, reguläre Vollzeiteinkommen reichen oft nicht, mit dem Einkommen auszukommen.“ In Oberösterreich seien Migrant:innen während der Pandemie überdies ausgegrenzt worden, indem Wohnbeihilfen nur unter extremen Auflagen für sie zugänglich gemacht worden waren. „Wenn Menschen Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, dann wird es schwierig, sich auf weitere Schritte wie Bildung und Ausbildung zu konzentrieren“, so Karakurt. Der „migrare“-Geschäftsführer ruft auch die geringe Zahl an Einbürgerungen in Erinnerung, eine weitere Hürde bei der Integration.

„Ohne Migration geht nichts“, so Karakurt. In der politischen Diskussion werde jedoch häufiger ein Bild von Migration als „Bedrohung“ vermittelt: „Solange es uns nicht gelingt, das Thema Migration aus parteipolitischen Zwängen zu befreien, ist eine sachliche



„Im Vordergrund steht die Bewältigung von Alltagsproblemen, fungieren die ‚migrare‘-Mitarbeiter:innen als ‚Feuerwehr‘ in unterschiedlichen Problemsituationen bezüglich Arbeitssuche, Gesundheit, Finanzen, Bildung oder Recht.“, erklärt Mümtaz Karakurt **FOTO: MIGRARE/BLICKLICHT.COM**

Debatte nicht möglich“. Migrant:innen nähmen wahr, wie ihnen entgegengekommen werde, hätten aber ohne Wahlrecht in Österreich keine Stimme und damit keine Lobby.

Sein Appell gilt u.a. der gegenwärtigen Integrationsministerin: „Sie muss sich anstrengen, aktiv werden. Solange mit rechtsaußen-Diskursen in der Migrationspolitik auf Stimmenfang gegangen wird und Integration nicht als echte Querschnittsthematik gesehen wird, bleibt die Hoffnung auf realistischen Pragmatismus gering“.

Was es brauche, so Karakurt, sei die Ausrichtung auf eine „gemeinsame Zukunft“: „Österreich braucht diese Menschen, und diese Menschen brauchen

Österreich“. Es gelte, demographischen Entwicklungen aufgrund einer zu niedrigen Geburtenrate entgegenzusteuern, den Arbeitskräftemangel abzufangen. „Wo ein gemeinsames Ziel ist, können Menschen einander besser kennenlernen, Differenzen leichter überwunden werden.“ Migrationspolitik müsse „Fakten basiert und menschlich“ diskutiert und gestaltet werden: „Integration würde dann bedeuten, sich als vielfältige Gesellschaft gemeinsam in eine Teilhabe orientierte, demokratische und solidarische Richtung zu entwickeln“. Der Wunsch für den eigenen Verein: „Ordentliche Rahmenbedingungen für unsere Arbeit, um in diesem Sinne mit einem hoch qualifizierten Angebot für eine gemeinsame Zukunft tätig werden zu können“.

OFFENLEGUNG: Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981) **Medieninhaber:in** (Verleger:in) Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Geschäftsführung:** Mag. Gabriele Kienesberger **Vorstand:** Mag. Heinz Mittermayr, Reinhold Grausam **Grundlegende Richtlinien des Mediums:** Religiöse, soziale und kulturelle Information von Arbeitnehmer:innen

Damit das „Recht auf Arbeit“ praktisch werden kann

Ein Plädoyer für die Aufnahme von geflüchteten Ukrainer:innen in die Sozialhilfe

Solange ukrainische Flüchtlinge in Österreich in der Grundversorgung gehalten werden, sieht MARIA KATHARINA MOSER, Direktorin der Diakonie, kaum Chancen zu deren Integration in den Arbeitsmarkt. Eine effektive und ethisch tragfähige Lösung der gegenwärtigen Integrationsprobleme böte aus Sicht von Moser die Einbindung der Flüchtlinge in das Sozialhilfesystem.

Arbeitsrechte sind Menschenrechte. Allen voran das Recht auf Arbeit. Es ist in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft und bedeutet, dass jede und jeder die Möglichkeit haben soll, seinen:ihren Lebensunterhalt durch frei gewählte Arbeit zu verdienen. Das erscheint auf den ersten Blick unproblematisch. Praktisch ist das aber für Ukraine-Vertriebene nicht so einfach. Denn tatsächlich eine Arbeit aufnehmen zu können, ist voraussetzungsvoll.

Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, bekommen sofort Schutz. Die EU hat die Temporary Protection Directive in Kraft gesetzt – zum ersten Mal, seit die Richtlinie 2001 im Nachklang der Jugoslawien-Kriege verabschiedet wurde. Ziel der Richtlinie ist es, durch sofortige befristete Schutzgewährung eine Überlastung der Asylsysteme der EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden. Für Ukraine-Vertriebene hat das den positiven Effekt, dass sie – anders als Schutzsuchende aus anderen Ländern – kein Asylverfahren durchlaufen müssen und ihnen die zermürbende Zeit des Wartens auf eine Entscheidung über ihren Schutzstatus erspart bleibt.

„Falle“ Grundversorgung

Doch dieser Vorteil droht zum Nachteil zu werden – und das ist auch ein Gerechtigkeitsproblem. Denn anders als Personen, die ein Verfahren durchlaufen und Asyl bekommen haben, haben Ukraine-Vertriebene keinen Zugang zur Sozialhilfe. Sie sind und bleiben

im System der Grundversorgung. Die Grundversorgung wurde eingerichtet, damit Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, während ihres Asylverfahrens ein Dach über dem Kopf, eine Krankenversicherung und Essen bekommen. Eine Basisversorgung als absolutes Minimum. Eine Übergangslösung. Für Ukraine-Vertriebene wird sie aber zur Dauerlösung und zur „Inaktivitätsfalle“, wie es AMS-Chef Johannes Kopf formuliert. In der Grundversorgung gibt es eine Zuverdienstgrenze von derzeit 110 Euro für Verdienender:innen plus 80 Euro pro nicht verdienendem Familienmitglied. Wer mehr verdient, muss aus dem Grundversorgungsquartier ausziehen, ist auf den freien Wohnungsmarkt verwiesen und bekommt keinen Euro Unterstützung. Die Aufnahme einer Erwerbsarbeit ist folglich nur bei Einkommen über 1.000 Euro halbwegs realistisch.

Mangelhafte Neuregelung der Zuverdienstfrage

Zwar wurde für Ukrainer:innen, die nicht in einem organisierten Grundversorgungsquartier, sondern privat wohnen, eine Neuregelung der Zuverdienstfrage beschlossen. Sie können jetzt mehr als 110 Euro dazu verdienen, 65% ihres Lohns werden mit der Grundversorgungsleistung gegengerechnet, 35% bleiben ihnen. Doch wird diese Regelung mit Stand Mitte Februar von den Ländern (noch?) nicht umgesetzt. Wir haben hier wieder ein Gerechtigkeitsproblem, weil diese Neuregelung eben nicht für alle



Maria Katharina Moser: „Die Sozialhilfe ist ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“. FOTO: PRIVAT

Menschen in Grundversorgung gleichermaßen gilt und auch nicht für alle Ukraine-Vertriebenen.

Eine effektive – und auch aus ethischer Sicht tragfähige – Lösung wäre erst die Einbindung von Ukraine-Vertriebenen in das System der Sozialhilfe. Sie wären im letzten sozialen Auffangnetz, das der österreichische Sozialstaat hat, aufgehoben und darin Staatsbürger:innen sowie Asylberechtigten gleichgestellt. Sie wären ans AMS angebunden, das AMS könnte sie besser mit zielgerichteten Maßnahmen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Erwerbsleben begleiten. Sie könnten geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungen aufnehmen und aus der Sozialhilfe „aufstocken“, um genug für ein menschenwürdiges Leben zu haben. Die Sozialhilfe ist ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt und hilft, dass das „Recht auf Arbeit“ praktisch werden kann.

Lohn- und Sozialdumping in Österreich

Über die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte am Bau

CHRISTIAN FÖLZER, Internationaler Sekretär der GBH (Gewerkschaft Bau Holz), mit einer Skizze aktueller gesetzlicher Regelungen zur Beschäftigung von Personen aus dem Ausland im Wirkungsbereich der Gewerkschaft Bau-Holz. Seine Beobachtung: „Ausländische Arbeitskräfte werden ausgebeutet“.

Leider spielen Lohn- und Sozialdumping in Österreich immer noch eine große Rolle. Die Gewerkschaft Bau-Holz ist bei der Bekämpfung dieser Missstände federführend. Im Jahr 2023 jährt sich zum dreißigsten Mal die Verankerung der Personenfreizügigkeit in der EU. Die Personenfreizügigkeit ist eine Unterart der Freizügigkeit und betrifft das Recht von natürlichen Personen, Aufenthalt in einem anderen Staat zu nehmen. In der Europäischen Union ist die Personenfreizügigkeit seit 1993 als eine von vier Grundfreiheiten verankert.

Vier Grundfreiheiten der EU

Die Dienstleistungsverkehrsfreiheit macht Unionsbürger:innen die freie, grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen im Binnenmarkt ohne Beeinträchtigung aufgrund von Staatsangehörigkeit möglich. Die Kapitalverkehrsfreiheit ermöglicht mittels Liberalisierung des Kapitalverkehrs den Transfer von Geldern und Wertpapieren in beliebiger Höhe zwischen den Mitgliedstaaten (und zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten). Die Personenverkehrsfreiheit erlaubt es Unionsbürger:innen prinzipiell, in einem anderen Mitgliedstaat zu wohnen und zu arbeiten. Die Warenverkehrsfreiheit erlaubt die freie Zirkulation von Waren im gesamten Binnenmarkt.

Diese Ausprägungen der Freizügigkeit sollen sicherstellen, dass sich Unionsbürger:innen unter den gleichen Voraussetzungen wie Inländer:innen im jeweiligen Mitgliedstaat wirtschaftlich betätigen können, ohne Diskrimi-

nierungen ausgesetzt zu sein. Unionsbürger:innen haben das Recht, sich fast ohne Beschränkungen und ohne besondere Erlaubnis in den anderen Staaten aufzuhalten und dort erwerbs-

Entsendungen sind im Transport, im Bauwesen und im Tourismus an der Tagesordnung. Zurückzuführen ist das auf den großen Lohnunterschied zwischen Österreich und Ländern in Ost-



Christian Fölzer: „Die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) konnte zeigen, dass etwa 50 % aller Entsandten am Bau nicht die Löhne erhalten, die kollektivvertraglich festgelegt sind.“

tätig zu sein. Dadurch werden sie in fast jeder Hinsicht den Staatsangehörigen des anderen Staates rechtlich gleichgestellt.

Ausbeutung von Ausländer:innen

Die an sich positive Entwicklung in Bezug auf die Freizügigkeit wird dadurch getrübt, dass Ausbeutung auf der Tagesordnung steht. Grund ist vielfach der Wettstreit um die billigsten Arbeitskosten. Vielfach kommt es nicht zur Gleichstellung von inländischen mit ausländischen Arbeitskräften. Transnationale Arbeitskräfteüberlassung bzw.

und Südosteuropa. Die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) konnte zeigen, dass etwa 50% aller Entsandten am Bau nicht die Löhne erhalten, die kollektivvertraglich festgelegt sind.

Der Untereinstrom sind Tür und Tor geöffnet

Wenn jemand mehr als sechs Monate in Österreich beschäftigt ist, braucht diese Person eine Beschäftigungsbewilligung. Eine Entsendebestätigung ist dann notwendig, wenn man bis zu sechs Monate in Österreich arbei-

ten will. Allerdings ist es so, dass eine Entsendebestätigung nicht vor dem Arbeitsantritt, sondern erst bis zum Ablauf des vierten Monats der Beschäftigung beantragt werden muss. Eine Kontrolle ist damit in den ersten Monaten ausgeschlossen. Wie unschwer zu erkennen ist, ist damit einer Unterentlohnung Tür und Tor geöffnet.

Gewerkschaft zeigt Missstände auf

Genau hier setzt die Arbeit der GBH an. Einerseits wird die GBH nicht müde, diese Missstände national wie international aufzuzeigen, andererseits sind Mitarbeiter der GBH an den Grenzen tätig, um Arbeitnehmer:innen über ihre Rechte zu unterrichten. Dies geschieht sowohl zentral am Bürostandort Spielfeld, als auch dezentral an den Grenzen zu Ungarn.

Das zu zahlende Entgelt wird durch den Kollektivvertrag geregelt. Neben dem Lohn oder Gehalt existieren aber auch Sonderzahlungen. Beispielsweise

muss ein Bauarbeiter das so genannte Taggeld erhalten, das als pauschalierte Aufwandsentschädigung für Dienststreifen und für Nächtigungen gilt. In einem Urteil über ein finnisches Unternehmen hat der EuGH entschieden, dass Taggelder auszuzahlen und als Entgeltbestandteil anzusehen sind.

Projekt „Faire Arbeit“

Mit dem Projekt „Faire Arbeit“ bietet die GBH Steiermark konkrete Hilfe in den Sprachen Deutsch, Slowenisch und Kroatisch an. Arbeitnehmer:innen werden hier in diesen drei Sprachen über ihre Rechte informiert und über ihre jeweilige Lohngruppe unterrichtet. Ein weiterer Punkt, gegen den oft verstoßen wird, ist die Arbeitszeit. Auch wird Hilfestellung bei Behördenwegen angeboten.

In den Jahren seit Eröffnung des Büros in Spielfeld konnten Verstöße in folgenden Punkten aufgedeckt werden: Unterentlohnung trotz Kollektivvertrag, An-



Christian Fölzer: „Das Prinzip der Europäischen Union ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ darf keine leere Worthülse sein.“ FOTO: GEWERKSCHAFT BAU HOLZ

spruch auf Sonderzahlungen, die nicht ausbezahlt wurden, keine Meldung bei der BUAK und damit verbunden auch keine Entrichtung der BUAK-Zuschläge. Die Arbeit der GBH will dem Sozialmissbrauch an den Grenzen zu Österreich einen Riegel vorschieben. Das Prinzip der Europäischen Union „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ darf keine leere Worthülse sein.

Bauarbeiter Ali I. im Interview mit Martin Hohegger

MH: Herr Ali I., vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für unser Gespräch nehmen. Wir möchten Sie unseren Leser:innen ein wenig vorstellen: Sie sind 47 Jahre alt, kommen aus der Nähe von Pristina im Kosovo, sind in zweiter Ehe verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Warum sind Sie vor 18 Jahren nach Österreich gekommen?

AI: Die jungen Leute gehen alle weg vom Kosovo. Die Armut ist sehr groß, und es gibt kaum Zukunftsperspektiven. Zurück bleiben dann die älteren Personen. So sind auch meine Eltern noch geblieben. Sie haben nur ein sehr geringes Einkommen. So ist z.B. eine aufwändigere medizinische Behandlung daher kaum möglich. Ohne finanzielle Unterstützung aus Österreich hätten sie noch größere Probleme.

MH: Welchen Beruf üben sie derzeit aus?

AI: Ich habe als Maurer zu arbeiten

begonnen. In Österreich arbeite ich aber vor allem als Spengler auf großen Industriebaustellen. Derzeit gibt es viel Arbeit. Und ich verdiene ganz gut. Aber das Leben und die Wohnen werden immer teurer.

MH: Sie kommen aus einem Nicht EU-Land. War es einfach für Sie eine Aufenthalt- und Arbeitsbewilligung zu bekommen?

AI: Am Anfang war es sehr schwierig. Mein Asylansuchen wurde nach zwei Jahren negativ beschieden. Mir drohte die Abschiebung. Gearbeitet habe ich in der Zwischenzeit schwarz auf diversen Baustellen. Es gab da einen „Arbeitsstrich“ in der Nähe vom Bahnhof in Graz. Wir kannten niemand vorher, von denen, die uns da zum Arbeiten mitgenommen haben. So gab es auch immer wieder das Risiko, erwischt zu werden. Ein Problem war natürlich auch, dass wir nicht versichert waren.

Und die Arbeiten auf den Baustellen waren gefährlich. In dieser Zeit habe ich allerdings meine erste Frau kennen – und lieben gelernt. Durch die Heirat war es dann einfacher hier in Österreich zu bleiben. Und ich bekam bald nach der Hochzeit auch eine Arbeit. Zuerst als Zeitarbeiter, danach hat mich die Firma fix übernommen und ich arbeite nunmehr seit vielen Jahren bei der gleichen Firma.

MH: Die Baugewerkschaft kämpft immer wieder für die Interessen der Bauarbeiter:innen. Sind Sie Gewerkschaftsmitglied und merken Sie was von der Gewerkschaft?

AI: Die Gewerkschaft hat gut verhandelt und erreicht immer gute Lohnabschlüsse. Das ist wichtig, weil das Leben immer teurer wird. Derzeit ist strenges Sparen angesagt. Ich selber bin kein Gewerkschaftsmitglied.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



Anders sein dürfen

Die Wohnung ist klein. 2 Zimmer und eine Küche, WC und Dusche. In jedem der Zimmer ein Stockbett, 2 Sessel und ein Regal. Es ist also Platz für 4 Personen, in diesem Fall vier Männer. Sie kommen aus verschiedenen Ländern, alle aus dem arabischen Raum. Ihre Namen? Wen interessieren sie?! Sie warten auf einen Aufenthaltsbescheid, auf Asyl, auf sonst eine Gelegenheit, die ihnen gestattet, zu bleiben.

Bis dahin dürfen sie nichts: nicht arbeiten und möglichst nicht auffallen. Sie sind nicht die einzigen im Ort, auch Frauen und Familien sind da. Offizielle Deutschkurse gibt es nicht. Wenn etwas stattfindet – wie Begegnungstreffen – dann mit ein paar engagierten Bürger:innen. Aber sie, die Anderen, die Angst machen, sollen sich integrieren, anpassen. Doch wie, wenn es in erster Linie nur Leben auf 45 Quadratmeter gibt, über Wochen, Monate und länger?!

„Anderer“ für gering bezahlte Arbeiten

Ich war manchmal dort, lernte Hussein kennen. Er hat eine technische Ausbildung, flüchtete im Jahr 2015 aus Syrien. Nach 3 Jahren bekommt er Asylstatus. Endlich, er darf arbeiten. Ein pensionierter Gewerbetreibender lernt mit ihm die deutsche Sprache. Hussein lernt sie gut. Auf dessen Vermittlung bekommt er nach einem weiteren Jahr einen Job bei einer Autowerkstätte. Hussein putzt und wäscht Fahrzeuge, jeden Tag. Gründlich. Irgendwann bekommt er das Angebot den Beruf des Mechanikers zu lernen, seine Ausbildung wird ihm ja nicht anerkannt. Das will Hussein nicht ausschlagen. Er macht die Lehre – mit fast 40 Jahren! Er ist wohl eine Ausnahme, aufgrund seines Fleißes und intensiver Unterstützung anderer Personen. Denn häufig brauchen wir die Ausländer, also die Anderen, wenn überhaupt, ja nur für die gering bezahlten Arbeiten.

Als „Anderer“ leben können

Wer ist denn der oder die Andere? Wird jemand wie Hussein als Bereicherung empfunden? Ist Begegnung erwünscht? Sind

seine Erfahrungen und Fähigkeiten überhaupt gefragt? Zum Menschsein gehört, dass die andere Person gehört wird und man ihr antwortet. Menschsein ist vom Anderen her begründet. Der Philosoph Emmanuel Levinas meint, dass dafür gesorgt werden muss, dass der Andere als Anderer existieren kann. So tragen wir auch ein Stück Verantwortung für den Anderen. Diese Verantwortung ist unendlich und kann nicht hintergangen werden. Diese Verantwortung darf niemals begrenzt werden.

Wegen dieser Unendlichkeit ist das Angesicht des Anderen der Ort, an dem „das Unendliche“ erahnt werden kann. Es kommt als Spur. Die Bibel spricht vom Ebenbild Gottes. Jeder Akt, mit dem der andere Mensch vereinnahmt wird, wäre eine Verletzung des Unendlichen, ja sogar eine Missachtung. Daher liegt es daran, alles zu tun, damit der andere Mensch als der Andere leben kann.

Barmherzigkeit als Akt des Dialogs

Hussein hat mittlerweile eine eigene Wohnung. Wenn ich ihn besuche, reden wir vom Alltag, sprechen über unseren Glauben, lesen im Koran und in der Bibel. Ich lerne von ihm einige Grundbegriffe der arabischen Sprache. So verändert sich für mich etwa das Verständnis von „Barmherzigkeit“ – sie kommt in jeder Sure mehrfach vor.

Dimitré Dinev ist in Bulgarien geboren und lebt als Schriftsteller in Wien. Er schreibt: Die Barmherzigkeit ist eine mögliche Antwort auf die Frage durch das Gesicht des Anderen. Darin kommt alles zusammen: Botschaft, Ruf, Vorwurf, Ohnmacht, Hilflosigkeit,... Es stellt uns unausweichlich die Frage nach unserer Verantwortung. Barmherzigkeit ist ein Akt des Dialogs. Ihre Zeit ist die Gegenwart und ihr Ort das Gewissen. Zwar hat sie keine Objektivität, kann aber verschwenderisch sein.

Buchtipps:

*Dimitré Dinev: Barmherzigkeit.
Residenz Verlag, 75 Seiten*

Arbeit - für den Menschen

Politische Nachtgebete rücken gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund und laden Gleichgesinnte zum Krafttanken ein

Unter dem Motto „Arbeit - für den Menschen“ veranstaltete die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien gemeinsam mit der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Wien heuer zwei Politische Nachtgebete. Dabei stützten sie sich insbesondere auf das Dossier „Arbeit und Soziale Fairness“ der KA Österreich. Ein Bericht von SARAH MACHEINER.

Mit den Politischen Nachtgebeten rückt die KA Wien gesellschaftspolitische Themen in den Fokus. Sie schafft so Aufmerksamkeit für aktuelle Missstände und fordert nötige Veränderungen ein, die es braucht, um einem Guten Leben für Alle näherzukommen. Im gemeinsamen Gebet werden gesellschaftspolitische Anliegen vor Gott und die Gemeinschaft getragen.

Reinhard Bödenauer: Grundeinkommen und Lieferkettengesetz notwendig

KA Wien-Präsident Reinhard Bödenauer bekräftigte in seiner Begrüßung, dass Arbeit ein aktiver Ausdruck menschlicher Schaffenskraft sei. Sie Sorge für das tägliche Brot und diene dem Gemeinwohl. Es brauche eine Absicherung in allen Lebensphasen mit

und ohne Erwerbsarbeit. Daher fordern KA und KAB faire Löhne, ein höheres Arbeitslosengeld und ein Grundeinkommen für alle.

Zum lokalen Handeln gehört aber auch die weltweite Verantwortung in einer global vernetzten Welt. Daher stammt die Forderung nach einem weltweiten Lieferkettengesetz, das faire Arbeitsbedingungen von Anfang bis Ende der Lieferkette absichern muss.

Philipp Kuhlmann: Es braucht Rahmenbedingungen auf kollektiver wie individueller Ebene

Philipp Kuhlmann, Vorsitzender der KAB Wien, sieht die Notwendigkeit, dass gute Arbeit Rahmenbedingungen auf kollektiver und individueller Ebene braucht. Neben den gesellschaftspolitischen Aktivitäten bietet daher die KAB konkret mit dem Projekt "Lebens-

und Berufsnavigation" Interessierten eine einfache Möglichkeit, an vier fortlaufenden Abenden sich mit anderen über das eigene Leben und über sinnerefüllte Arbeit Gedanken zu machen.



Begleithefte der politischen Nachtgebete zu den Themen „Arbeit“, „Klima“ und „Care-Arbeit“ stehen auf der Homepage der KA Wien zum Download bereit unter www.ka-wien.at

FOTO: MARIA ETL



Politisches Nachtgebet am 9. Jänner im Quo Vadis? im Zwettlerhof, 1010 Wien.

FOTO: MARIA ETL



Zum Politischen Nachtgebet „Arbeit – für Menschen“ hatten am 3. März KA u. KAB Wien gemeinsam mit der Fraktion Christlicher Gewerkschafter u. Gewerkschafterinnen FCG in das Christliche Vereinshaus in der Laudongasse 16, 1080 Wien, eingeladen. Als Gastgeber begrüßte

Matthias Tschirf die Teilnehmer:innen. FOTO: STEPHAN SCHÖNLAUB

Wir leben in einer ungleichen Gesellschaft

Arbeit und Positionen der Vorsitzenden des Migrant:innenbeirats der Stadt Graz Irina Karamarkovic

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der KAB-Steiermark, MARTIN HOCHEGGER, stellt Irina Karamarkovic den Migrant:innenbeirat der Stadt Graz vor. Die Vorsitzende dieser „Informationsdrehscheibe“ in Sachen Zuwanderung erlebt die Konfrontation mit dem „unwürdigen“ politischen und medialen Diskurs über Migration als besondere Herausforderung und fordert einen leichteren Zugang für Migrant:innen zum Arbeitsmarkt. Irina Karamarkovic verleiht ihren Aussagen explizit eine persönliche Note, indem sie in Texten ihre Initialen IK prominent und ungewöhnlich einsetzt, wie etwa bei MusIK:, PolitIK:, restrIK:tiv,...



Zur Person: Irina Karamarkovic, Vorsitzende des Migrant:innenbeirates der Stadt Graz, ist Sängerin, Komponistin, Arrangeurin, Ensembleleiterin und Autorin. Live zeigt sie sich in unterschiedlichen Auftrittformaten, von a capella bis zu Big Band oder Electronics. Sie promovierte an der KUG über die Präsenz der MusIK: aus Südosteuropa in der Jazzszene Österreichs (soziokulturelle, wirtschaftliche, politische und musikalische Aspekte). FOTO: PRIVAT

MH: Sie sind Vorsitzende des Migrant:innenbeirates in Graz. Welche Schwerpunkte und Bereiche werden vom Beirat spezieller bearbeitet?

IK: Der Migrant:innenbeirat ist die politische Vertretung für Migrant:innen in Graz. Wir arbeiten ehrenamtlich, treffen uns regelmäßig und sind in die Zivilgesellschaft und in die Stadtverwaltung hinein gut vernetzt. Der Beirat besteht aus 9 gewählten Mitgliedern, alle aus Nicht-EU-Ländern. Wir werden in direkter und geheimer Wahl von den in Graz lebenden Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern gewählt. Wir beraten

die StadtpolitIK: und -verwaltung in allen relevanten Bereichen, und sind eine Brücke zwischen KommunalpolitIK: und in Graz lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir sind keine Beratungsstelle, sind aber im konstanten Austausch mit vielen Beratungsstellen (wie z.B. der Antidiskriminierungsstelle Steiermark) – wir sind eine Art Informationsdrehscheibe. Wir arbeiten auch eng mit dem Stadtrat für Integration und dem Integrationsreferat zusammen. So werden wir zum Beispiel um Stellungnahmen zu Projektförderungen im Bereich Integration gebeten. Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte schon nicht mitwählen können, so ist es unsere Aufgabe Beteiligungszugänge zu finden, um sie so viel wie möglich in die Entwicklungen mit einzubeziehen. Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung des Beirates haben wir auch ein breites Angebot an Sprachen und gute Kontakte zu den entsprechenden Communities. Es geht uns um ein friedliches Zusammenleben in der Stadt Graz.

MH: Wo sehen Sie als Vorsitzende ihre persönlich größte Herausforderung?

IK: Als größte Herausforderung sehe ich die derzeitige politische und mediale Sprache über Migration und Zuwanderung und den zu oft unwürdigen Diskurs darüber. Weiters, realpolitisch, das fehlende kommunale Wahlrecht, eine sehr restrIK:tive Einwanderungspraxis,

der wieder zunehmende Rassismus und Antisemitismus, sowie der erschwerte Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ich bin seit genau einem Jahr gewählte Vorsitzende und habe ein exzellentes Team. Der Beirat hat in seiner Geschichte schon viel gemacht. Es ist sehr wichtig, diese Arbeit transparent bzw. publik: zu machen.

MH: Graz erlebt einen enormen Zuzug. Wie hoch ist der Anteil von Menschen mit Migrationsbiographie derzeit in Graz?

IK: Laut letzten Erhebungen, leben in Graz 77.411 Personen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Davon sind 38.978 EU-Bürger:innen und 38.433 Personen aus sogenannten Drittstaaten. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, da es diesbezüglich ganz unterschiedliche Rechtslagen gibt, auch was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft. Die aktuelle Stellungnahme der Antidiskriminierungsstelle Steiermark zum Thema Staatsbürgerschaft hat auf die überkommene Begründung des Einbürgerungsgesetzes hingewiesen, welche den Entwicklungen einer modernen und mobilen Gesellschaft hinten nach hinkt.

MH: Die Wirtschaft boomt. Es werden fieberhaft Arbeitskräfte gesucht. Die Arbeitslosenrate bei Zuwander:innen war in der Vergangenheit immer überdurchschnittlich hoch. Hat sich das durch die

aktuelle Situation geändert?

IK: Die aktuelle Situation kann sich nur durch wesentlich leichtere und schnellere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt sowie raschere Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen ändern. Diese Verfahren sind aufwändig und dauern unnötig lange. Viele Menschen, die durchaus für den Arbeitsmarkt interessant wären, müssen auf Grund der Schwierigkeit und der Länge der Verfahren oft jahrelang auf eine Arbeitsstelle warten, nicht nur die Asylsuchenden, die zum Nichtstun gezwungen sind. Dies ist unwürdig und unnötig zur Zeit eines dramatischen Arbeitskräftemangels. Als Bremser erlebe ich dabei die politische Kleingeldmacherei, sowie manche Teile der Administration.

MH: Wie bewerten sie die Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung (AMS) und der Zivilgesellschaft allgemein?

IK: Wir vom Migrant:innenbeirat haben eine sehr gute Kooperation mit dem AMS Graz-West, wir tauschen uns stetig mit Unternehmen aus, kennen uns mit Beschäftigungsprojekten aus, und wir leiten regelmäßig Job- und Ausbildungsangebote an migrantische Communities weiter. Es ist auffallend, dass Menschen mit Migrationsgeschichte bzgl. Zugang zum Arbeitsmarkt grundsätzlich gleiche strukturelle Probleme haben wie Menschen ohne Migrationsgeschichte. Ein Beispiel: Der massive Personalmangel in der Elementarpädagogik: erschwert aktuell vor allem Frauen das Leben und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Ohne Kinderbetreuung gibt es keinen Job, ohne Job gibt es keine Kinderbetreuung. Unsere Gesellschaft soll Chancengleichheit und Gleichberechtigung anstreben, und

nicht Frauen in nichtangemeldete Arbeitsverhältnisse als Haushaltshilfen drängen.

MH: Die Kulturen, aus denen viele Zuwander:innen kommen sind oft noch sehr patriarchal orientiert mit einem sehr konservativen Frauen- und Familienbild. Wie bewerten sie die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt?

IK: Dies ist eine Frage des Blickwinkels. Wir erleben in Österreich allgemein noch sehr patriarchale Strukturen und sind in vielen Fragen noch weit von Gleichstellung entfernt. Wenn wir zum Beispiel einen frauenpolitischen Vergleich mit skandinavischen Ländern versuchen, wird das noch deutlicher. Noch ein Beispiel ist die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung. Diese ist in Österreich nach wie vor am teuersten in Europa. Natürlich gibt es Länder, in denen die Frauen massiv unterdrückt sind, aber auch hier in Österreich sind sie nicht gleichberechtigt.

Aber wenn Frauen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ungenügende Kinderbetreuung, viel schlechter als Männer bezahlt werden und viel öfter als Männer Teilzeitarbeit annehmen müssen, landen sie auch öfters in Armut und/oder in der finanziellen Abhängigkeit. An dieser Stelle ist es sehr, sehr wichtig zu betonen, dass wir gut aufpassen müssen und andere Kulturen nicht generell als rückständig bewerten. Wir haben ein sehr eurozentristisches Wertebild, das wir anderen Kulturen überstülpen. Wir leben in einer ungleichen Gesellschaft.

MH: Die österreichische Gesellschaft hat sich wertemäßig immer mehr nach rechts entwickelt. Dazu gehören auch ein zunehmender Antisemitismus,

generelle Ausländer:innenfeindlichkeit und Rassismus.

IK: Dies ist sehr bedauerlich. Diskriminierung und Herabwürdigung haben eine ganz spezielle Auswirkung auf die österreichische Volkswirtschaft: Fachkräfte aus diversen Ländern überlegen es sich immer öfter, ob sie in ein Land übersiedeln sollen, in dem sie zwar hohe Steuern zahlen müssen, aber in dessen Gesellschaft sie mehrheitlich nicht erwünscht sind.

Irina Karamarkovic: „Unsere Gesellschaft soll Chancengleichheit und Gleichberechtigung anstreben, und nicht Frauen in nichtangemeldete Arbeitsverhältnisse als Haushaltshilfen drängen.“ FOTO: FREEPIK.COM



Ausgrenzung und Abschottung

Österreich hat als Zuwanderungsland an Attraktivität verloren

Der steirische KAB-Vorsitzende **MARTIN HOCHEGGER** hat beim Arbeitsmarktservice der Steiermark aktuelle Daten und Fakten zur Beschäftigung von Migrant:innen abgerufen. Aus den diversen Fachabteilungen gab es aber nicht nur Zahlen, sondern auch eine Bewertung soziokultureller Faktoren. Der Befund: es mangelt in Österreich an einer Willkommenskultur, die Zeichen stehen auf Abschottung.

MH: *Wieviele Menschen mit Migrationsbiographie sind derzeit in der Steiermark am Arbeitsmarkt tätig?*

AMS: Zu den wichtigsten Herkunftsländern: Im Dezember 2022 waren in der

schnittlich hoch. Hat sich das durch die aktuelle Situation geändert?

AMS: Die Auswertung zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote (ALQ) in der Steiermark in den Jahren 2019

AMS: Unterstützungsmaßnahmen mit der höchsten Priorität sind einerseits die Vormerkung beim AMS, um aktiv mit der Personengruppe arbeiten zu können. Deutschkurse, sowie die Er-



Aus dem AMS Steiermark: „Der größere Hebel als der normierte Bereich ist... der soziokulturelle: Österreich hat als Zuwanderungsland im Wettbewerb an Attraktivität verloren“. FOTO: PEXELS.COM/ALEKSANDAR PASARIC

Steiermark 16.178 Personen aus Slowenien beschäftigt, 13.615 aus Ungarn, 11.291 aus Kroatien, 10.663 aus Rumänien, 8.574 aus Deutschland, 7.322 aus Bosnien-Herzegowina, 3.296 aus der Türkei und 2.305 aus Polen.

MH: *Die Wirtschaft boomt. Es werden fleißig Arbeitskräfte gesucht. Die Arbeitslosenrate bei Zuwander:innen war in der Vergangenheit immer überdurch-*

bis 2022, gesamt, nach In- wie nach Ausländer:innen. Deutlich erkennbar ist der „Corona-Sprung“ 2020 und `21, danach ging die ALQ wieder deutlich nach unten, bei Ausländer:innen prozentuell stärker als bei Inländer:innen.

MH: *Welche Unterstützungsmaßnahmen sind bei der Integration am Arbeitsmarkt für diese Klientel besonders förderlich?*

hebung der aus dem Heimatland mitgebrachten Kompetenzen stehen am Beginn der Betreuung durch ÖIF und AMS. In weiterer Folge ist Information zu Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten am österreichischen Arbeitsmarkt notwendig, da dieser in Österreich meist stärker reguliert und an Kompetenznachweise gebunden ist, als in vielen Herkunftsländern. In weiterer Folge vermittlungunterstützende Maßnah-

men, Unterstützung bei der Regelung der Kinderbetreuung, Vermittlungsaktivitäten, sowie die Nutzung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen.

MH: Sind es tatsächlich die Zuwanderinnen mit Migrationsbiographie, welche die sogenannte "ungeliebte Arbeit" (schmutzig, schlecht bezahlt) hauptsächlich leisten?

AMS: Durch in Österreich nicht immer (sofort) anerkannte Vorqualifizierungen oder auch teilweise noch schlechte Deutschkenntnisse stehen vielen Migrant:innen zunächst sehr oft hauptsächlich Hilfs- und Anlernberufe offen. Dies und auch der Umstand, dass meist durchaus hoher finanzieller Druck, eine Arbeit zu finden vorhanden ist, führt dazu, dass tatsächlich viele Zuwander:innen in Hilfs- und Anlern-tätigkeiten einsteigen.

Es ist jedoch so, dass Hilfstätigkeiten per se nicht "schmutzig" sein müssen. Die Entlohnung hingegen ist in der Regel geringer.

MH: Wie schaut es mit den Nostrifizierungen bzw. der Anerkennung von im Heimatland erworbenen Qualifikationen aus?

AMS: Anerkennungen/Nostrifizierungen sind nicht immer möglich, auch die entsprechenden Verfahren nehmen oft längere Zeit in Anspruch. Durchaus Chancen bestehen im akademischen Bereich. Lehrabschlüsse sind oft schwer anzuerkennen, da es in vielen Herkunftsländern nur teilweise vergleichbare duale/betriebliche (Lehr-)Ausbildungen gibt. Auch der Zugang in die Selbständigkeit wird dadurch in Österreich oftmals stark erschwert.

Unterstützung erfolgt durch das AMS durch den Verweis auf die nötigen Informations- und Anerkennungsstellen, wobei es hier mit bestimmten Anlauf-

stellen für Migrant:innen wie z.B. ZEBRA eine enge Kooperation gibt. Zu unterscheiden sind hier Migrant:innen aus dem EU/EWR Raum, wo meist kein Anerkennungsverfahren nötig ist und den restlichen Staaten.

Des Weiteren ist zu unterscheiden, ob es sich um reglementierte Berufe handelt (Ärzt:innen, Rechtsanwält:innen, usw.) oder um nicht reglementierte Berufe. Der Wert der mitgebrachten Qualifikationen hängt bei nicht reglementierten Berufen in erster Linie von der Nachfrage am Arbeitsmarkt sowie der Bewertung durch den/die Arbeitgeber:in und nicht von speziellen Rechtsvorschriften ab.

MH: Die Kulturen, aus denen viele Zuwanderinnen kommen sind oft noch sehr patriarchal orientiert, mit einem sehr konservativen Frauen- und Familienbild. Wie bewerten Sie die Situation von Frauen mit Migrationsbiographie in der Arbeitswelt?

AMS: Das AMS unterstützt hier durch Informations- und Aufklärungsarbeit zum österreichischen Arbeitsmarkt, zu Entwicklungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie bei der öfter vorhandenen Notwendigkeit, die Kinderbetreuung zu regeln. Durch teilweise schwer verfügbare Betreuungsplätze haben es Frauen mit Migrationshintergrund und Betreuungspflichten oftmals schwerer, in das Arbeitsleben einzusteigen. Das AMS verfügt über spezialisierte Berufsorientierungs- und Vorqualifizierungssysteme speziell für migrantische Frauen. Grundsätzlich steht allen Frauen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Qualifikationsniveau – unser Sonderprogramm FIT (Frauen in Handwerk und Technik) zur Verfügung und soll Frauen für zukunfts-trächtige Berufe mit guter Entlohnung und langfristigen Beschäftigungsmög-

lichkeiten motivieren. Unter anderem werden im Rahmen dieses Programms neben Lehrausbildungen HTL- und FH-Abschlüsse unterstützt.

MH: Was sind die Hauptarbeitsfelder für Frauen?

AMS: Diese Frage kann allgemein nicht beantwortet werden, die Arbeitsfelder von migrantischen Frauen sind breit gestreut, unterliegen aber natürlich dem Umstand, welche Vorqualifikationen diese Frauen mitbringen, wie gut die Deutschkenntnisse individuell gelagert sind bzw. auch, wie Kinderbetreuung ggf. geregelt werden kann oder welche(s) Aus- und Weiterbildungsinteresse/-fähigkeit besteht.

MH: Österreich braucht Zuwanderung. Vor allem auch um unser Sozialsystem abzusichern. Wie sollte Ihrer Meinung nach der Zugang zum Arbeitsmarkt gesetzlich erleichtert und organisiert werden?

AMS: Es gibt beständig Schritte der Bundesregierung (etwa die Anpassung der Voraussetzungen zur Rot-Weiß-Rot-Karte bzw. auch der Mangelberufslisten), welche den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt laufend anpassen, teilweise auch erleichtern. Entscheidungsbasis hierfür sind die demografische Entwicklung genauso wie Daten der Hauptverbandsträger und des AMS Österreich.

Der größere Hebel als der normierte Bereich ist aber der soziokulturelle: Österreich hat als Zuwanderungsland im Wettbewerb an Attraktivität verloren. Es gibt in Österreich eine schwach ausgeprägte Willkommenskultur und die (von Migrant:innen auch wahrgenommene) politische Debatte dreht sich stärker um Ausgrenzung und Abschottung.

IMPRESSUM: Medieninhaber(in) / Verleger(in): Katholische Arbeitnehmer – Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6. Herausgeber(in): Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at. Geschäftsleitung: Mag. Gabriele Kienesberger. Chefredakteur(in): Mag. Elisabeth Ohnemus. Redaktionsteam: Dipl.-Päd. Martin Hohegger, Mag. Gabriele Kienesberger, Mag. Anna Wall-Strasser. Verwaltung/Anzeigen: Mag. Gabriele Kienesberger, Mag. Karin Weiß, weisskarin@gmx.at. Lexikograf: Mag. Wilhelmine Deschberger, Dr. Sonja Meißl. Hersteller(in) und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg. Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Gesellschaft im Umbruch

Zukunftsfähige Alternativen statt „more of the same“!?

Zum KABÖ-Frauenstudientag 2023 lud diesmal die Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Oberösterreich ins Linzer Cardijn-Haus zum Thema „Gesellschaft im Umbruch. Zukunftsfähige Alternativen statt ‚more of the same‘!“. Referentin Barbara Blaha vom Momentum Institut in Wien beeindruckte die mehr als 40 Teilnehmerinnen aus vier Diözesen mit ihrer Kompetenz, Klarheit und Frische, berichtet die Autorin dieses Beitrags, ELISABETH ZARZER.

Zahlreiche Fakten und Zusammenhänge, die medial wenig bis gar nicht präsent sind, brachte Barbara Blaha in ihrem Vortrag zur Sprache. Sie machte darauf aufmerksam, wieviel Framing bzw. interessen-gesteuerte (Nicht)Information durch

Pflegekräftemangel kein „Schicksal“ ist. Ein anderes Beispiel ist die Teuerungsbekämpfung. In Österreich kosten die Preissteigerungen dem ärmsten Zehntel der Bevölkerung mehr als ein durchschnittliches Monatseinkommen. Auch hier gibt es alternative Beispiele: Frank-

Frauen, daher ist in Oberösterreich mit seinen unzureichenden Öffnungszeiten auch der Gender Pay Gap besonders hoch. Weiters hatte die Referentin für die Teilnehmerinnen Fakten rund um Emissionen, Klimaerwärmung und Vermögensverteilung parat, um Mainstream-Wahrnehmungen zurechtzurücken.



Barbara Blaha: „Wir sind viele, wir ‚Durchschnittsbürger:innen‘ sind die politische Mehrheit, daher können wir auch politische Veränderungen vorantreiben“. FOTO: ELISABETH ZARZER

Wirtschaft und Politik geschieht. Wenn das Wissen um Alternativen zu einer gerechteren Gestaltung von Gesellschaft nicht präsent ist, prägt das die Ansichten der Menschen. Ein Beispiel: Nach kurzem Corona-Hype ist es in den Medien wieder still geworden um die Gruppen der Systemhalter:innen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen inklusive. Wir sehen den Pflegekräftemangel, in Österreich kommen auf 1.000 Personen 16 Pflegekräfte. Doch dass andere Staaten, wie etwa Norwegen, bereits seit 30 Jahren gezielt dieses Berufsfeld politisch aktiv gestalten und daher ein Verhältnis von 35,5 zu 1000 haben, zeigt, dass

reich und Spanien haben bereits frühzeitig und zielgerichtet reagiert und dort steht die Inflation bei 6,7 bzw. 5,5% im Gegensatz zu Österreichs 10,5% im Dezember 2022.

Unbezahlte Arbeit: Zu Lasten der Frauen

Klar brachte die Referentin den Zusammenhang von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit und der daraus entstehenden Schieflage zu Lasten der Frauen zur Sprache. So ist etwa außerhalb Wiens nur jeder vierte Kindergartenplatz Vollzeitarbeit tauglich. Das hat große Auswirkungen auf die Gehaltsunterschiede von Männern und

Gerechtigkeitsempfinden fördern und Reichtumsgrenze fordern

Barbara Blaha plädierte für einen starken Sozialstaat und eine Politik, die sich nicht scheut, Wirtschaft so zu gestalten, dass Leben ohne Armut möglich ist. Wenn das Verhältnis vom Durchschnittsvermögen zum Spitzenwert 1:29.000 beträgt, hat Österreich eindeutig ein Problem mit der Vermögensverteilung. Das schadet langfristig allen! Genauso wie es eine Armutsgrenze gibt, wäre auch eine „Reichtumsgrenze“ zu definieren und mit entsprechender Steuer-Gestaltung dringend die Schere zwischen Arm und Reich wieder mehr zu schließen.

„Wir sind viele, wir ‚Durchschnittsbürger:innen‘ sind die politische Mehrheit, daher können auch wir politische Veränderungen vorantreiben“, ermuntert die Referentin zur Aktivität.

Vergiss nicht, dass wir viele sind!

Aus der spezifischen Sicht von Frauen, Jugend und Arbeitnehmer:innen und hinsichtlich der Rolle von politischen Playern und kirchlichen Organisationen diskutierten die Studientagteilnehmerinnen in fünf Gruppen am Nachmittag das Gehörte. Ausgefaltet nach Wahrnehmungen, Erfahrungen, Ana-



lyse und sich daraus ergebender nächster Schritte konnten sich alle wichtige Erkenntnisse mitnehmen. Zukunftsfähige Alternativen entwickeln und umsetzen geht uns alle an. Und Visionen, Solidarität, Gemeinschaft, gegenseitige Unterstützung und sichtbare Frauenbilder bringen uns weiter.

INFO

zum Momentum-Institut:
www.momentum-institut.at

Genauso wie es eine Armutsgrenze gebe, wäre auch eine „Reichtumsgrenze“ zu definieren, erklärte Barbara Blaha. FOTO: ELISABETH ZARZER

Kampagne „Mein freier Sonntag!“

Die Allianz für den freien Sonntag Österreich („Sonntagsallianz“) setzt sich seit ihrer Gründung 2001 für den Schutz des freien Sonntags vor schleichender Aushöhlung durch Wirtschaft und Politik ein. Neben Bundesländer-Bündnissen, wie dem in OÖ, gehören mehr als 50 Mitgliedsorganisationen aus Zivilgesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften der Allianz an.

Im März 2023 hat die Allianz für den freien Sonntag unter dem Titel „Mein freier Sonntag!“ eine Plakatkampagne gestartet, die auch über Printmedien und social media gespielt wird. So wird die Bedeutung des freien Sonntags propagiert und Bewusstsein geschaffen für den gesellschaftlichen Wert gemeinsamer freier Zeiten.

Unterstützen Sie den freien Sonntag

Hängen auch Sie die Plakate in Ihren Betrieben, Geschäften, Büros oder in Schaukästen auf!

Die sechs Plakatsujets weisen hin auf: Zeit für Familie, Zeit für Freund:innen, Zeit fürs Ehrenamt, Zeit für Glauben, Zeit für Sport und Zeit für Kultur/Tradition.

Die Plakate können kostenlos unter info@freiersonntag.at mit Angabe des Titels und Anzahl der jeweiligen Plakate bestellt werden.

Printmedien- und Online-Kampagne

Ihre Organisation hat eine Zeitung, einen Newsletter, einen Facebook oder Instagram-Account? Dann beteiligen Sie sich doch an der Printmedien- und/oder Online-Kampagne!

Alle Motive für Facebook, Instagram und für die Printmedien sind über die Website abrufbar:

www.freiersonntag.at/geschichten



BUCH-TIPP



Othmar Karas,
Judith Kohlenberger
So schaffen wir das.
Wie wir das Thema Asyl und
Migration dem linken und
rechten Rand abnehmen und
die Krise überwinden

edition a, Wien 2023,
ISBN 978-3-99001-640-4
295 Seiten, Preis: € 24



Alexandra David,
Michaela Evans,
Ileana Hamburg,
Judith Terstriep (Hrg.)
Migration und Arbeit

Verlag Barbara Budrich,
Leverkusen 2019,
ISBN 978-3-8474-2161-0
415 Seiten,
Preis: € 41,10

Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Judith Kohlenberger, Migrationsforscherin an der WU Wien, legen gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft pragmatische Vorschläge zur Lösung der größten humanitären Herausforderung unserer Zeit vor. Ohne linke und rechte Emotionen zeigen sie, wie sich Zuwanderung und Flucht in einer modernen, den Menschenrechten verpflichteten Demokratie organisieren lassen.

Mit Beiträgen von Othmar Karas, Judith Kohlenberger, Hermann Glettler, Doro Blancke, Irgard Griss, Stephanie Krisper, Rainer Münz, Ruth Wodak, Katharina Stemberger, Lukas Gahleitner-Gertz, Andreas Steinmayr u.a.

„Die demografische Entwicklung Österreichs macht Migration zu einer Notwendigkeit. Die Autor:innen zeigen auf, wie man sie zum Nutzen aller gestalten kann“ (Andreas Treichl, Präsident des European Forum Alpbach)

Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in Deutschland:

Bislang wurde das Thema Migration und Arbeit zumeist als Querschnittsthema behandelt. Doch verweisen die Herausforderungen der derzeitigen Fluchtbewegungen nach Europa nicht zuletzt darauf, dass das Thema stärker als eigener Zusammenhang in den Fokus der Forschung rücken sollte.

Dieser Band thematisiert die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten des Zusammenhangs von Migration und Arbeit für die Politik in Deutschland. Dabei wird mit Blick auf die Entwicklung in Deutschland die wichtige Bedeutung von Arbeit für Teilhabe und Integration von Migrant:innen herausgestellt. Zudem werden die Barrieren aufgezeigt, mit denen sich Migrant:innen in Deutschland konfrontiert sehen.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:

ZeitZeichen, KABÖ,

Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

20 ZeitZeichen

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M

Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien